Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtrag 18 Pfg. Alle Postanstalten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr 58. 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Donnerstag, den 10. März 1927

Der Ring um Rußland.

Das gab ein Aufsehen in Genf, als nach der kurzen Ratssitzung am Dienstag der italienische Völkerbundsdelegierte den Pressevertretern mitteilte, Italien habe den Vertrag von 1920, der die Zugehörigkeit des früheren russischen Gouvernements Bessarabien zu Rumänien aussprach, nunmehr auch ratifiziert. Selbstverständlich wurde hinzugefügt, daß dies kein unfreundlicher Akt gegen Rußland sei. Rumänien hatte das Land 1918 nach dem großen Zusammenbruch Rußlands und der Mittelmächte einfach besetzt, der Versailler Vertrag hatte sich damit einverstanden erklärt, aber Rumänien hatte darauf gedrängt, daß England, Italien, Frankreich und Japan in einer besonderen Konvention diese Abtrennung Bessarabiens noch einmal garantierten. Das ist 1920 denn auch geschehen, bisher aber hatten diese Konvention nur England und Frankreich ratifiziert. Es genügt schon, um sie „rechtsgültig" zu machen, wenn diese Ratifikation durch drei Nationen geschah, was jetzt der Fall ist.

In Moskau freilich wird man über diesen Entschluß wohl wesentlich anders denken, als der italienische Vertreter in Genf dies durch die Betonung, es sei „kein unfreundlicher Akt", zu erhoffen scheint, denn Rußland denkt gar nicht daran, endgültig auf Bessarabien zu verzichten. Und es wird wohl niemanden auf der Welt geben, der dieses Vorgehen Italiens und gerade in dem gegenwärtigen Augenblick nicht als eine bewußt unfreundliche Handlung betrachtet. Der englisch-russische Konflikt überschattet ja die ganze politische Welt und es bedeutet nichts anderes, als daß Italien dabei jetzt unverhüllt an Englands Seite tritt. Besondere italienische Rücksichten auf Rumänien, den „lateinischen Staat" auf dem Balkan, spielen dabei zweifellos mit, nicht bloß solche dynastischer Natur — man munkelt von Heiratsplänen —, sondern auch, um ein gewisses Gegengewicht gegen Jugoslawien zu haben, zu dem die Beziehungen Italiens zurzeit nicht gerade sehr erfreuliche sind.

Der englische Außenminister Chamberlain wird in Genf diesen Erfolg verbuchen können; zweifellos ist damit der erste Schritt auf der schon lange bereiteten Bahn getan, die zu einer größeren Intimität zwischen London und Rom führt. Zwischen Mussolini und Chamberlain war die Ratifizierung schon längst verabredet, wie der englische Außenminister selbst zugegeben hat in einer Unterredung, die er soeben in Genf mit den Vertretern der gesamten Presse hatte. Dort hat er sich auch über das englisch-russische Verhältnis geäußert, hat — natürlich! — bestritten, einen Bund gegen Rußland zusammenbringen zu wollen, hat aber doch zugegeben, daß die Beziehungen Englands zu Rußland „sehr schlechte" seien, denn die russische Regierung betreibe eine Politik der offenen Feindseligkeit gegen die englischen Interessen, was man sich in London nicht länger gefallen lassen wolle. Aber nicht Worte erwarte man, sondern Taten. Seine teils dunklen, teils bekannten, teils nichtssagenden Ausführungen hat Chamberlain ja doch bloß vorgebracht, weil er natürlich gar nicht daran denkt, trotz aller sonstigen schönen Worte über „offene Politik" sich in die Karten gucken zu lassen. Daß es „in der englischen Politik keine Geheimnisse gebe", ist auch solch' ein zwar schönes, aber darum nicht gerade wahres Wort. Die erhöhte politische Aktivität der englischen Regierung in fast allen Staaten, die an Rußland grenzen — wer mag wohl die eigentliche Anregung dazu gegeben haben, daß Italien jetzt, ausgerechnet jetzt, die Ratifikation des bessarabischen Abkommens aussprach? — muß doch irgendwelche Ziele haben! Über diese gibt aber doch gerade die Tatsache und das Zugeständnis, daß die englisch-russischen Beziehungen „sehr schlechte" seien, Andeutungen genug. Um Rußland außerdem aus China herauszumanövrieren, wird das Londoner Kabinett wohl auch recht große Kosten nicht scheuen; denn das, was Chamberlain über die Stellung Englands zu den Ereignissen in China ausführte und wie er sich dort die Zukunft denkt, läßt gleichfalls auf eine solche Absicht deutlich genug schließen.

Wir Deutsche stehen in diesem Konflikt in der Mitte und es gehört ein fast unmöglicher Optimismus dazu, bei diesem scharfen Aufeinanderprallen der Gegensätze zwischen Ost und West unsere Stellung als eine besonders angenehme zu betrachten.

Der Matin zu den Besprechungen Stresemann—Zaleski.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Paris, 10. März. Der Ausgang der gestrigen Besprechungen zwischen Stresemann und dem polnischen Außenminister Zaleski wird in der Morgenpresse mit großer Genugtuung vermerkt. Der Sonderberichterstatter des Matin sieht darin eine der glücklichsten Ereignisse der gegenwärtigen Ratstagung. Er meint, die gefährliche Wendung in den deutsch-polnischen Beziehungen sei dank der Aussprache zwischen den beiden Ministern vermieden worden und nach allem können die Wirtschaftsverhandlungen in Berlin in Bälde wieder aufgenommen werden. Ohne zweifel seien Stresemann und Zaleski selbst außerordentlich befriedigt, nicht weniger Briand. Das Blatt schreibt: Briand habe Stresemann auf die Richtigkeit der französischen These hingewiesen, die für Polen einen ständigen Sitz im Rate verlangte. Sie habe ebensosehr den Interessen Deutschlands wie den polnischen und darüber hinaus den Interessen Europas gedient.

Ueberlastung der Finanzämter

Beamtenmangel in der Finanzverwaltung.

Der Finanzminister vor dem Haushaltsausschuß.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wird jetzt der Etat des Reichsfinanzministeriums beraten. Der Berichterstatter Abg. Dr. Oberfohren (Dtn.) forderte vor allem eine Verringerung der Zahl der Finanzämter. Von den 990 Finanzämten seien 200 allein in Bayern. Die Außenverwaltung drohe unter der Last der „Terminarbeit" zusammenzubrechen. Eine Auffrischung des Personals sei dringend nötig, auch müßten die Beförderungsverhältnisse gebessert werden. Auch der Mitberichterstatter Abg. Dr. Herz (Soz.) beklagt die Zahl und Überlastung der Finanzämter. Die Finanzämter müßten eine Reihe von Aufgaben erledigen, die gar nicht in ihren Bereich gehörten.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler betonte, die Überlastung der Finanzämter sei so groß, daß man in letzter Zeit wiederum mehrere Tausende Aushelfer habe einstellen müssen. Ohne sofortige Einstellung neuer Arbeitskräfte im Außendienst — und zwar mindestens zweitausend — könne er nicht mehr für die geordnete Abwicklung der Geschäfte garantieren. Er brauche vor allem neue Veranlagungsbeamte und neue Vollstreckungsbeamte. Der Minister behält sich vor, dem Unterausschuß — nach Genehmigung durch das Kabinett — alsbald spezifizierte Vorschläge zu machen. Was die Veranlagungstätigkeit anlangt, so wolle er mit Nachdruck darauf hinweisen, daß den Wirtschaftsverbänden nur eine — von ihm begrüßte — begutachtende Mitwirkung bei der Steuerveranlagung obliege, die Entscheidung dagegen ausschließlich die Finanzverwaltungen fällten. Er werde auch durch fortgesetztes persönliches Einvernehmen mit den in Betracht kommenden Instanzen weiterhin versuchen, die Arbeit der Reichsfinanzverwaltung zu vereinfachen und die Zahl der Finanzämter zu vermindern.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler erwiderte auf verschiedene Anregungen, daß der Zollnachlaß aus Billigkeitsgründen so dezentralisiert werden solle, daß Beschwerden dieser Art in Zukunft unmöglich würden. Bei der Einheitsbewertung wird die Reichsfinanzverwaltung unbeirrt den Weg gehen, der ihr durch die Gesetze vorgeschrieben ist. Maßnahmen für ein besseres Zusammenarbeiten der Reichs- und Landesfinanzbehörden sollen das Ziel der Arbeit in den nächsten Monaten sein. Bei der Einrichtung der Buchprüfung hat sich die Mischung von Beamten und Vertretern anderer Berufe als gut bewährt. Daß hier und da noch Mißgriffe in dieser neuartigen Einrichtung vorkommen, ist selbstverständlich. Keine Berechtigung haben aber die Vermutungen, als ob nur kleinere und mittlere Betriebe geprüft werden, während die großen davon frei seien.

Aenderung der Aufwertungsgesetze?

Der Rechtsausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag mit etwa 30 Anträgen auf Abänderung der Aufwertungssätze. Am Mittwoch hat eine interfraktionelle Besprechung stattgefunden, um eine Einheitsfront der Regierungsparteien in dieser Frage herbeizuführen. In Reichstagskreisen wird davon gesprochen, daß die Reichsregierung eventuell eine Vorlage zur Änderung der Aufwertungsgesetze vorbringen will.

Deutsch-polnische Aussprache in Genf.

Ratstagung in Berlin?

Die Mittwochsitzung des Völkerbundrates hatte nur Punkte von geringerer Bedeutung auf der Tagesordnung. Zunächst erstattete Chamberlain Bericht zur Frage einer Änderung der Form bei den künftig unter den Auspizien des Völkerbundes zu schließenden Verträgen. Er schlug hierbei vor, daß die Verträge nicht mehr von Regierung zu Regierung, sondern zwischen den Staatsoberhäuptern abgeschlossen werden sollten. Weiter wurde ein Bericht Chamberlains über die Ergebnisse eines im Jahre 1923 eingesetzten Sonderausschusses zum Studium der Ausdehnung des internationalen Frauen- und Kinderhandels angenommen, wobei sowohl Chamberlain als Berichterstatter wie auch Dr. Stresemann als Ratspräsident mit besonderem Dank der Mitarbeit und finanziellen Unterstützung des Amerikanischen Bureaus für soziale Hygiene und der Amerikanischen Vereinigung für soziale Hygiene gedachte. In dem Ausschußbericht wird hervorgehoben, daß noch immer ein ausgedehnter Mädchenhandel bestehe, daß sich aber die Überwachung durch die Regierungen verschärft habe. Ein weiterer Beschluß des Rates setzt das Datum der in Genf abzuhaltenden 3. Internationalen Verkehrskonferenz auf den 23. August d. J. fest. Bei einer Besprechung über die Staaten, die ihre Beiträge bisher nicht bezahlt haben, stellt es sich heraus, daß sowohl China wie eine Anzahl südamerikanischer Staaten noch nie Beiträge an den Völkerbund abgeführt haben. Es wurde aber gleichzeitig betont, daß die Nichtzahlung des Beitrages noch nicht die zwangsläufige Entfernung aus seinen Reihen bedeutet.

Der Mittwochnachmittag war wieder für private Aussprachen zwischen den Delegationsführern vorbehalten. Dr. Stresemann hatte sowohl mit dem polnischen Außenminister Zaleski wie auch mit Briand, der übrigens durch eine starke Erkältung an der Mitarbeit in Genf sehr behindert wird, längere Konferenzen. Bei der Unterredung mit dem polnischen Außenminister dreht es sich vor allem um die Frage der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Polen, während die Aussprache mit Briand der Saarfrage gewidmet gewesen sein soll.

Die Frage, wo die nächste Tagung des Völkerbundrates in der ersten Juniwoche abgehalten werden soll, ist jetzt Gegenstand der Erörterung unter den Ratsmitgliedern. Es ist eine starke Strömung dafür vorhanden, die Junitagung in Berlin zu veranstalten; den Vorsitz bei dieser Tagung würde der Vertreter Chiles im Rate führen.

Das Kommunique über die Zusammenkunft Stresemann-Zaleski.

Genf, 9. März. Ueber die heutige erste Unterredung zwischen Dr. Stresemann und dem polnischen Außenminister Zaleski, die von 5 Uhr bis nach 6 Uhr dauerte, wird von der deutschen Delegation offiziell folgendes Kommunique ausgegeben: „Der Reichsaußenminister empfing heute in Genf den polnischen Außenminister, Herrn Zaleski und hatte mit ihm eine Unterredung, in der insbesondere die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen Gegenstand der Besprechungen waren. Auf Grund dieser Unterredungen werden die beiden Außenminister ihren Kabinetten Vorschläge unterbreiten, von denen sie eine Behebung der gegenwärtig bestehenden Schwierigkeiten erhoffen." Kurz nach 6,30 Uhr traf im Hotel Metropole der französische Außenminister Briand in Begleitung des Dolmetschers der französischen Botschaft in Berlin, Professor Besnard, ein.

Die polnische Außenpolitik hat ihre gerade Linie verloren!

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Warschau, 9. März. Bei der heutigen Besprechung des Haushaltes des Außenministeriums im Senat hielt der christlich-demokratische Senator Makarewitsch eine aufsehenerregende Rede. Er wies darauf hin, daß deutsche und sowjetrussische Blätter die Behauptung aufstellten, Polen solle als englisches Werkzeug zu dem Feldzuge gegen Sowjetrußland benutzt werden. Der Redner erklärte, seine Partei habe leider Informationen, daß diese Behauptungen nicht ganz aus der Luft gegriffen seien. Die polnische Außenpolitik habe schon seit langem ihre gerade Linie verloren. Die beruhigenden Erklärungen Zaleskis einem Vertreter der Neuen Freien Presse gegenüber seien zwar zu begrüßen, könnten aber das Mißtrauen seiner Partei nicht zerstören. Makarewitsch brachte darauf folgende Resolution ein: „Die geographische und ökonomische Lage des polnischen Staates fordert eine unbedingte Friedenspolitik. Infolgedessen ruft der Senat die Regierung auf, keine gefährlichen Wege einzuschlagen und den Friedensgedanken tatsächlich zu fördern." Die Abstimmung über diesen Beschlußantrag wird am Freitag stattfinden.

Die Besprechung mit Briand. — Noch keine positiven Ergebnisse

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Genf, 9. März. Ueber die heutige einstündige Unterredung zwischen Dr. Stresemann und Briand verlautet gegenwärtig, daß neben einer Reihe von Einzelfragen hauptsächlich die künftige Behandlung der großen politischen Probleme erörtert worden ist. Briand dürfte hierbei noch einmal darauf hingewiesen haben, daß er gegenwärtig durch innenpolitische Rücksichten an der Führung materieller Verhandlungen verhindert sei. Jedoch kann angenommen werden, daß der gesamte Komplex der deutsch-französischen Beziehungen insbesondere im Zusammenhang mit der Westlage zwischen den beiden Außenministern eingehend behandelt worden ist. Dr. Stresemann dürfte hierbei insbesondere den bekannten deutschen Standpunkt in der Frage der Rheinlandräu-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF